

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Strafgesetzbuch und Volksinitiativen im Mittelpunkt

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Traktanden der ersten Arbeitssitzung des Landtags am Mittwoch

Das neue Strafgesetzbuch und die heiligen Volksinitiativen zur Erhöhung der Landtagszahl und der Neuordnung der Stellvertretung im Landtag stehen zweifellos im Mittelpunkt der ersten Arbeitssitzung des Landtages vom kommenden Mittwoch. Beide Vorlagen werden dem Landtag beschickt, denn das eine stellt eines der wichtigsten Reformwerke dar, das andere gibt den Weg frei für eine Volksabstimmung, die noch vor der Sommerpause durchgeführt werden soll.

Von den insgesamt 19 Tagesordnungspunkten umfassenden Traktanden der Landtagssitzung sind einige reine Routinegeschäfte, die das Plenum wohl nicht lange beschäftigen werden. Dazu gehören die Genehmigung der verschiedenen Protokolle, aber auch die Kenntnisnahme des Abstimmungsergebnisses über das Jagdgesetz, die Wahl der Ausdeputierten Kommission und der Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarates sowie die Bestellung eines ad-hoc-Vorsitzenden der Verwaltungsbeschwerdeinstanz.

Neues Kundmachungsgesetz

Beim ersten gesetzgeberischen Geschäft des Landtags geht es um die Debatte über die Verabschiedung eines neuen Kundmachungsgesetzes und der dafür übergeordneten Verfassungsbestimmung. Der Landtag hatte sich bereits

im Dezember 1984 mit diesen zwei Vorlagen auseinandergesetzt und die Bestimmungen über die Kundmachung von Staatsverträgen, Gesetzen und Erlassen grundsätzlich gutgeheissen. Es ist anzunehmen, dass der Landtag beide Vorlagen mit keinen oder nur geringen Änderungen verabschiedet.

Zwei Initiativen zum gleichen Gegenstand

Drei Vorlagen, die erstmals in Behandlung gezogen werden, befassen sich mit den zwei Volksinitiativen zur Erhöhung der Landtagszahl und der Neuordnung der Stellvertretung im Landtag. Mit grosser Wahrscheinlichkeit werden beide Vorlagen zur Verfassungsänderung an die Volksabstimmung überwiesen, ohne dass sich darüber grosse Debatten entspinnen. Ebenso werden sich wohl kaum gewichtige Vorbehalte gegen die Änderung des Volksrechtsgesetzes ergeben, das mit dieser Vorlage die Abstimmung über die beiden Initiativen zum gleichen Zeitpunkt ermöglicht wird. Die Vorlage lehnt sich an das schweizerische Modell an, wonach zwei Nein als gültig erklärt werden, zwei Ja auf dem gleichen Stimmzettel jedoch ungültig sind.

Übernahme des Strafgesetzbuches

Ein recht umfangreiches Geschäft stellt das Eintreten auf das neue Strafgesetzbuch dar.

Dem Vernehmen nach wird der Landtag diese Vorlage, die weitgehend vom modernen österreichischen Strafgesetzbuch übernommen wurde, nicht an einem einzigen Sitzungstag durcharbeiten, sondern die erste Lesung auf wenigstens zwei Sitzungstage verteilen. Das Strafgesetzbuch beinhaltet die Abschaffung der Todesstrafe und - im Unterschied zum österreichischen Vorbild - die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs.

Kredite für Regierungsgebäude und Schulzentrum Unterland

Vor der Überweisung von drei parlamentarischen Vorstössen zu Bildungsfragen, dem Vormundschaftsrecht und dem Ausgleich der «kalten Progression» hat sich der Landtag noch mit zwei Kreditbegehren der Regierung zu befassen. Bei erster geht es um einen Zusatzkredit in Höhe von 1 Mio. zur Renovation des Regierungsgebäudes. Der Ergänzungskredit wird nach Angaben der Regierung notwendig, weil durch den Deckeneinsturz im zweiten Obergeschoss umfangreiche Zusatzarbeiten notwendig geworden sind. Beim zweiten Kreditbegehren geht es um den Ausbau Schulzentrum Unterland. Mit geschätzten Baukosten von rund 0,4 Mio. Fr. sollen zusätzliche Räume für den Unterricht geschaffen werden.



Am 25. Februar dieses Jahres ist Ressortsekretär Dr. Herbert Wille von einem Sonderparteitag zum Kandidaten der Fortschrittlichen Bürgerpartei für das Amt des Regierungschefs nominiert worden. Unsere Aufnahme zeigt ihn bei der Entgegennahme der Glückwünsche von FBP-Parteipräsident Dr. Herbert Batliner. Am kommenden Donnerstag beginnt nun in Schellenberg die damals bereits angekündigte Vorstellungsrunde von Dr. Wille in unseren Gemeinden.

Dr. Herbert Wille kommt!

Vorstellungsrunde des FBP-Regierungschef-Kandidaten beginnt am Donnerstag

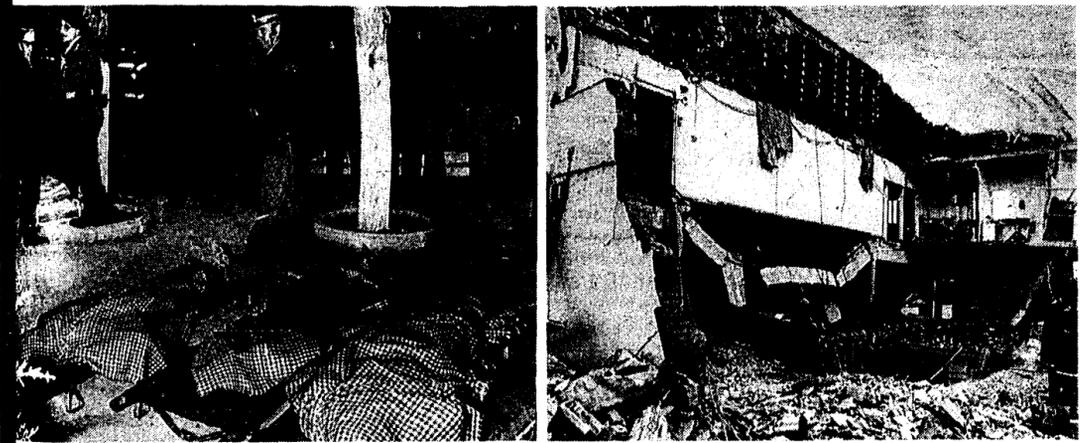
Am 25. Februar wurde Ressortsekretär Dr. Herbert Wille von einem Sonderparteitag der Fortschrittlichen Bürgerpartei zum Kandidaten der FBP für das Amt des Regierungschefs nominiert. Diesen Donnerstag beginnt nun die damals bereits angekündigte, offizielle Vorstellungsrunde in den Gemeinden. Als erste Gemeinde besucht Dr. Wille Schellenberg.

Der Nomination des FBP-Kandidaten für das Amt des Regierungschefs war innerhalb und ausserhalb der Partei mit Interesse und Spannung entgegen gesehen worden. Schliesslich war es in der mehr als 60jährigen Geschichte der FBP erst das sechste Mal, dass eine solche Nomination vorzunehmen war. Weit über 500 Männer und Frauen aus dem ganzen Lande, die als stimmberechtigte Delegierte oder als Gäste in den grossen Saal des Freizeitzentrums Resch nach Schaan gekommen waren, erlebten eine Demonstration der Geschlossenheit, wie sie die FBP schon lange nicht mehr erlebt hatte. Von den 347 stimmberechtigten Dele-

gierten, die sich an der schriftlichen Kandidatenwahl beteiligten, gaben 334 (!) die Stimme dem 41jährigen Balzner Juristen und Ressortsekretär in der Regierung. Sie entschieden sich damit für einen Mann, dem neben seiner unbestrittenen fachlichen Kompetenz auch weitere, persönliche Qualitäten eigen sind, die in unserer Politik heutzutage wieder mehr gefragt sind denn je. Zum Beispiel Glaubwürdigkeit und Lauterkeit!

Auftakt in Schellenberg

Dr. Herbert Wille kündigte unmittelbar nach seiner Nomination an, dass er sich im Rahmen seiner Kandidatur zunächst vor allem in den Gemeinden vorstellen wolle. Diese Vorstellungsrunde beginnt nun am Donnerstag dieser Woche in Schellenberg und setzt sich bis Ende Mai in den weiteren Gemeinden des Landes fort. Das VOLKSBLATT wird ab morgen laufend die nächsten Termine bekanntgeben. (Bitte beachten Sie auch den Beitrag auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.)



Bei einem Bombenanschlag auf ein spanisches Autobahnrestaurant in der Nähe eines US-Luftwaffenstützpunktes nordwestlich von Madrid wurden 18 Spanier getötet und rund 80 Menschen verletzt. Unsere Bilder zeigen links drei mit Tischtüchern bedeckte Opfer und rechts das völlig zerstörte Restaurantgebäude.

18 Tote bei Anschlag auf ein Restaurant bei Madrid

Rund 80 weitere Gäste verletzt - Bekenneranrufe verschiedener Organisationen

Madrid (AP) Bei einem Bombenanschlag auf ein häufig von Amerikanern besuchtes Autobahnrestaurant zwischen Madrid und dem US-Luftstützpunkt Torrejón sind am Samstag nach amtlichen Angaben 18 Spanier getötet und etwa 80 weitere Gäste verletzt worden. Es hiess, zur Zeit der Explosion seien 175 Gäste im Restaurant «El Descanso» gewesen, darunter etwa 25 Amerikaner. Ein Amerikaner ist unter den Verletzten, von denen am Sonntag noch 31 in Krankenhäusern lagen. Die 18 Toten, davon 13 Frauen, wurden am Sonntag beerdigt.

Der spanische Innenminister Jose Barrionuevo bestätigte am Sonntag in Madrid, dass die Ursache der gewaltigen Explosion, die das Restaurant in sich zusammenstürzen liess, ein Anschlag war. Der

Minister sprach von einem «kriminellen Akt» und einem «terroristischen Angriff». Er teilte mit, bei dem verwendeten Sprengstoff habe es sich um eine Mischung von Kaliumchlorat, Schwefel und Aluminiumpulver gehandelt.

Barrionuevo sagte, als Urheber des Bombenanschlags habe sich am Samstag in Beirut ein anonym Anrufer bei einer westlichen Nachrichtenagentur im Namen der Gruppe «Islamischer Heiliger Krieg - Islamischer Widerstand» bekannt. Der Anrufer sagte der Agentur zufolge, die ihren Namen nicht genannt wissen wollte, der Anschlag sei die Vergeltung für das «Massaker im Gebiet von Bir el Abed». In diesem von Schiiten bewohnten Stadtviertel von Beirut war am 8. März eine Autobombe explodiert und hatte 75 Menschen getötet und Hunderte verletzt. Radikale Moslems hatten Israel und die USA als Urheber des Anschlags bezeichnet.

Am Sonntag rief ein Mann im Namen der Gruppe «Islamischer Heiliger Krieg» auch im Pariser Büro der Nachrichtenagentur AP an und sagte, «unter dem Befehl unseres Kommandeurs Imam Chomeini» werde seine Organisation amerikanische Soldaten in allen Ländern der Welt ausrotten und alle Einrichtungen der «sogenannten amerikanischen Zivilisation» in die Luft sprengen. Ayatol-

lah Ruhollah Chomeini ist der Revolutionsführer in Iran.

Der Sprecher der spanischen Regierung, Eduardo Sotillos, sagte in Madrid, es gebe Anzeichen dafür, aber nicht die Gewissheit, dass die Gruppe «Islamischer Heiliger Krieg» hinter dem Anschlag stecke. Die Gruppe hatte sich im vergangenen Jahr zu zwei Terroranschlägen in Spanien bekannt. In Marbella war damals ein saudiarabischer Ingenieur getötet worden.

Am Samstag hatte es noch mehrere weitere Bekenneranrufen von Personen gegeben, die für verschiedene Gruppen zu sprechen vorgaben und sagten, ihre Organisation habe die Bombe gelegt. Bei einem Madrider Rundfunksender und im Büro des Provinzgouverneurs gingen anonyme Bekenneranrufe im Namen einer bisher unbekannt baskischen Organisation ein. Gouverneur Jose Maria Rodriguez sagte, er vermute, die Anrufe seien nicht ernst zu nehmen.

Die spanische Nachrichtenagentur Efe teilte mit, sie habe den Anruf einer Frau erhalten, die gesagt habe, die Gruppe «Islamischer Heiliger Krieg» sei nicht Urheberin des Anschlags. Wenig später habe die Agentur den Anruf einer zweiten Frau erhalten, die angab, im Namen einer Gruppe «Bewaffnete Organisation des jüdischen Volkes» zu sprechen.

Frankreich/Korsika: Bombenanschlags-Serie

Paris (AP) In Frankreich und auf der französischen Mittelmeerinsel Korsika sind am Wochenende mehrere Bombenanschläge verübt worden. Dabei entstand nach offiziellen Angaben zum Teil erheblicher Sachschaden. Personen wurde nicht verletzt. Zu drei Anschlägen in der Nacht zum Samstag und am frühen Sonntagmorgen bekannte sich die linksextreme Terroristenorganisation «Action Directe».

Am Sonntag vormittag wurde in Paris das Bürogebäude der rechtsorientierten Wochenzeitschrift «Minute» durch einen Sprengstoffanschlag schwer beschädigt. In Toulouse detonierte eine Bombe vor einer Trafostation. Ferner wurden zwei Bombenanschläge auf ein Ferienhaus und das Haus eines Vertreters der Stadtverwaltung von Ajaccio auf Korsika verübt. Bereits in der Nacht zum Samstag wurden die israelische Leumi-Bank und das Einwanderungsamt in Paris durch eine Bombe beschädigt.

Zu diesen zwei Anschlägen und den Anschlag auf «Minute» bekannte sich am Sonntag in einem Anruf bei der französischen Presseagentur AFP ein Mann, der vorgab, im Namen der «Action Directe» zu sprechen. Der Anschlag auf die Zeitschrift sei vom «Kommando Sana Mheid-

leh» der «Action Directe» ausgeführt worden. Sana Mheidleh ist der Name des 16 Jahre alten palästinensischen Mädchens, das sich am Dienstag mit einem mit Sprengstoff beladenen Lastwagen inmitten eines israelischen Militärkonvois in die Luft gesprengt hatte. «Minute» unterstützt die rechtsextreme nationale Front von Jean-Marie Le Pen.



Einer von zahlreichen Bombenanschlägen am Wochenende in Frankreich galt der israelischen Leumi-Bank in Paris.

Ihre Glückszahlen

Schweizer Zahlenlotto
10-20-23-29-33-39 - Zusatzzahl: 3
Sportlotto
11 X - 111 - 111 - X 11 - 2
Toto-X-Wette
10-14-19-21-26-34 - Zusatzzahl: 3
(Alle Angaben ohne Gewähr)